

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 159

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.—

Halver

Montag, den 10. Juli 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
60 Pfg., auswärts 70 Pfg., im Reklameteil 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 3.— M.
Offerten • Beforgung 3.— M.

22. Jahrgang

Lärm- und Brüllereien in den Parlamenten.

Große Lärmereien im Reichstag. Blühlicher Abbruch der Donnerstagssitzung.

In der Reichstagsitzung am Donnerstag erfolgte die Beratung der zum Gesetz über den Schutz der Republik eingebrachten Interpellationen der Unabhängigen über das Fortbestehen der Selbstschußorganisationen, über die Schußloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zum Schadenersatz verurteilt sind und betreffend die Königsberger Hindenburgfeier sowie der Sozialdemokraten antirepublikanische Kundgebungen der alten Armee und Reichswehr.

Die Begründung der Interpellationen.

Abg. Dr. Moses (U. S.) begründet die erste Interpellation. Wenn ein Beschützer des Mörders Runge der Rosa Luxemburg und Liebknecht an diesen geschrieben hat, „die Deutschnationale Partei muß für Sie sorgen“, so ist selbstverständlich, daß Beschützer und Beförderer eines Mörders die gleiche Strafe wie diesen treffen muß. Die Offiziere der alten Armee im Bunde mit den Selbstschußorganisationen gefährden die Republik. Orgeß, Rostbach und Subertus bestehen weiter. Die Regimentsfeiern, wie auch die Hindenburgkundgebungen in Königsberg werden zu Provokationen der Arbeiterklasse ausgenutzt und zu derselben Stunde, als Rathenau ermordet wurde, schlug der Herrmeister des Johanniterordens, Prinz Eitel Friedrich in Potsdam neue Johanniterritter. (Gelächter links.) Auch die Paraden vor den Wittelsbacher Prinzen haben mit Erinnerungsfeiern an Kriegserlebnisse nichts zu tun. Waa die Deutsche Volkspartei, die bislang Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen gestanden hat, anaesichts der jehigen Lage tun was sie für erforderlich hält. Das Proletariat ist auf dem Wege zur Einigung. Es will heraus aus der jehigen Mordatmosphäre, sonst haben wir den Bürgerkrieg.

Um 3 Uhr wurde die Verhandlung zur Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung über die Neugliederung des Reiches unterbrochen. Das Gesetz wurde angenommen.

Darauf begründet Abg. Vogel-Franken (Soz.) die Interpellation betr. antirepublikanische Kundgebungen aus der alten Armee und Reichswehr. Die Regimentsfeiern, die vorwiegend von ehemaligen Offizieren veranstaltet wurden, wuchsen sich immer mehr zu antirepublikanischen Kundgebungen aus und Reichswehrtruppen beteiligten sich daran. Im Reichswehrministerium erkenne man die Gefahr dieses Treibens noch immer nicht, oder wolle sie nicht erkennen. Am schlimmsten stehe es in Bayern. Die Bevölkerung werde zur Selbsthilfe gezwungen, wenn die Provokationen der Reichswehr, die ganz ungeniert mit der Flagge schwarz-weiß-rot paradiere, nicht aufhörten. Dazu komme die neue Provokation durch Beförderung des Herrn von Löwenfeld zum Kommandanten eines republikanischen Kriegsschiffes, wodurch sich Deutschland im Auslande nur lächerlich machen könne. Darum verlangen wir Garantien dafür, daß das Reichswehrministerium endlich ernst macht mit der Republik.

Justizminister Radbruch bespricht die Schadenersatzforderungen in den sogenannten Waffenprozessen, die in der zweiten Interpellation angezogen sind. Gegen die Schußloshaltung bei rechtsirrtümlichen Urteilen sei nichts einzuwenden. Wenn, wie Vorredner meint, die bayerischen Polizeibefehle Anweisungen erhalten, bei Anordnungen des Reichsanwalts vor Vollzug dieser Anordnungen die dem bayerischen Minister des Innern vorzulegen, so entspreche das nicht der Reichsverfassung. Das Reich kann nicht darauf verzichten, diese Anordnungen sofort zur Durchführung zu bringen.

Vorredner des Reichswehrministeriums Major Schleiter verliest, von ständigen Zwischenrufen der äußersten Linken unterbrochen, eine lange Erklärung über das Verhalten der Truppen bei der Hindenburgfeier in Königsberg. Die Truppen haben alle Anordnungen innegehalten, die mit dem dortigen Polizeipräsidenten vorher getroffen waren. Nicht so aber die Demonstranten. Der Ueberfall war vorbereitet und die kleine Truppe befand sich in der Notwehr. Die Teilnahme von Reichswehr bei Ehrung von Gefallenen sollte die Liebe zum deutschen Vaterlande pflegen und wie die Regimentsstage selbst ein Mittel seien, über die im Volke vorhandenen Gegensätze hinwegzuführen. (Gelächter links.)

Reichsminister des Innern Köster: Obwohl unsere Rechtsmittel gegen die Organisationen bislang nur gering waren, haben wir doch schon vor dem September eine Reihe von Bünden verboten. Jetzt haben wir allerdings andere Mittel, und es sind daraufhin in Preußen, Sachsen und Thüringen eine große Reihe von Organisationen verboten worden, darunter diejenigen des deutsch-völkischen Schutzbundes, eine ganze Anzahl von Jugendverbänden, der Bund nationalgesinnter Soldaten, Stahlhelmvereinigungen und andere. Ob die Mittel ausreichen, wird die Zukunft lehren. Wir haben dem Reichsrat erneut ein Reichspolizeigesetz zugestellt. Es wird auch Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Wir sind mit großer Strenge vorgegangen, aber wir wissen, nicht alle diese Vereine sind aus Bosheit entstanden. Andererseits stellt uns die Auflösung dieser Vereinigungen vor neue Aufgaben. Schon bei den Auflösungen im Herbst haben wir versucht, viele durch die Auflösung wurzellos gewordenen Existenzen wirtschaftlich unterzubringen. Auch jetzt haben wir in Oberschlesien wieder hunderte von Selbstschußleuten, die existenzlos sind. Ich bin in Verbindung getreten mit dem Gewerkschaftsbund und der Industrie und freue mich, sagen zu können, daß der Gewerkschaftsbund bereit ist, diesen Leuten wirtschaftlich zu helfen.

Die Besprechung der Interpellationen.

Abg. Cuno (D. Sp.): Hindenburg ist hochbetagt noch einmal in seine Heimat gefahren und in die Städte, die ihn zum Ehrenbürger ernannt hatten. Die Veranstaltungen waren ganz unpolitisch. Die Begeisterung war ungeheuer. Einen Mann wie Hindenburg parteipolitisch zum Stempeln, sei unerhört. Schänen müssen wir uns im Auslande. (Beifall rechts, Händeklatschen auf der Tribüne, großer Lärm bei den Unabhängigen und Kommunisten, welche sofort die Räumung der Tribüne verlangen, Glocke des Präsidenten. Im Saale bilden sich erregte debattierende Gruppen. Eine Anzahl Tribünenbesucher wird von den Dienern veranlaßt, die Tribüne zu verlassen.) Redner geht dann unter fortwährenden Unterbrechungen der Linken und stürmischen Er widerungen der Rechten auf die Einzelheiten des Besuchs Hindenburgs ein.

Abg. Hensel (Dnt.): Die zwei Interpellationen hätten nur den Zweck, ein Trommelfeuer gegen die Deutschnationalen zu eröffnen. Die Selbstschußorganisationen sind nur eine Maßregel gegen linksradikale Ausschreitungen, und die Regimentsfeiern dienen zur Kameradschaft. Wir werden uns das deutsche Heer und seine Großtaten nicht aus dem Herzen reißen lassen. (Beifall rechts, Lärm links.) Die Heimat ist dem Heer in den Rücken gefallen. Die Linke sollte sich schämen, ein neues Zuchthausgesetz zu machen. (Großer Lärm links, Rufe: unverschämter Bluthund. Die Abgeordneten der Linken dringen auf den Redner ein und Präsident Loebe unterbricht die Sitzung. Der Lärm legt sich erst dann allmählich.)

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt Präsident Loebe mit, daß der Abgeordnete Hensel sich bei dem Satz von „in den Rücken fallen“ auf den Maadeburger Stadtverordneten Vater habe berufen wollen und erteilt dem Abg. Hensel von neuem das Wort. Die Linke schrie: Nein! nein! und drang unter erneutem Lärm gegen die Rednertribüne vor.

Darauf schloß der Präsident gegen 7 Uhr die Sitzung. Freitag nachmittag 4 Uhr Weiterberatung.

Die Arbeit des Reichstages.

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß, den Samstag sitzungsfrei zu lassen und am Montag nachmittag 5 Uhr mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik zu beginnen. Der Reichstag hofft, Ende der nächsten Woche in die Ferien zu gehen.

Ungeheure Erregung im Landtag. Brüllereien — Abbruch der Sitzung.

Auf der Tagesordnung der preussischen Landtagsitzung am Donnerstag stand der mündliche Bericht des Verfassungsausschusses über Anträge aller Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen betreffend den Schutz der Republik, verbunden mit einem Amnestiegesetz und einem Entwurf über die Reform des Disziplinarrechtes für Beamte und Richter.

Abg. Heilmann (Soz.) erstattet den Ausschussbericht. Der Beamte soll im neuen Disziplinarrecht die Meinungs- und Koalitionsfreiheit behalten. Er darf aber nicht öffentlich gegen die Republik Stellung nehmen. Die Amtszeit der jehigen Richter des Disziplinarhofes soll mit dem 15. Juli endigen. Damit wird eine neue Besetzung mit politisch zuverlässigen Richtern ermöglicht.

Abg. Grzesinski (Soz.) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Partei, alles zur Erhaltung der jungen Republik erforderliche zu tun. Die im Reichsrat gegen das Gesetz Stellung nehmenden Provinzialvertreter müssen zur Verantwortung gezogen werden. Die Amnestie soll öffentliche Verbrecher nicht erfassen. Er bitte jedoch, auch die Schuldigen im Eisenbahnerstreik nicht von der Amnestie auszuschließen. Den Beamten solle auch künftig jede politische Freiheit belassen werden. Sie müßten aber die nötigen Grenzen achten.

Abg. Weisermei (Dnt.) bestreitet dem Ausschuss das Recht, aus eigener Initiative Gesetzentwürfe einzubringen. Wir haben mit Geheimorganisationen nichts zu tun. Durch die Amnestierung wird das Rechtsempfinden der Bevölkerung erschüttert, zumal auch Brandstiftungen und andere Straftaten darunter fallen sollen. Gewalt darf nicht vor Recht gehen. Auch die Einbeziehung des Eisenbahnerstreiks in das Gesetz ist uns unverständlich, da das kein politischer Streik war. Ebenjowenig logisch ist das Vorgehen gegen die Beamten, der Ministerpräsident Hirsch seinerzeit unter Worten der Anerkennung Dank für treue Pflichterfüllung ausgesprochen habe. Die Folge des jehigen Vorgehens würde Gesinnungsschnüffelei und Demunziantentum sein.

Abg. Dr. Leidig (D. Sp.) warnt davor, aus der ersten Erregung heraus Gesetz zu schaffen. Staatskunst müsse mit warmem Herzen über kühlem Verstande getrieben werden. Seine Partei trete mit schwerem Herzen an dieses Gesetz heran. In kurzen Zeitabständen Amnestien auszusprechen, sei für die Autorität des Staates ungemein gefährlich. Gemeine Verbrecher dürfen nicht amnestiert werden. Aber seine Partei wolle diesmal den politischen Verbrechern noch einmal Gnade gewähren, wenngleich sie Bedenken gegen die Einbeziehung des Eisenbahnerstreiks habe. Daß ein Staatsbeamter nicht öffentlich gegen die Republik auftreten dürfe, sei selbstverständlich. Im übrigen bittet Redner, die Zustimmung zu dem Gesetz hinauszuschieben, bis die Reichsgesetzgebung über diese Punkte feststehe.

Abg. Dr. Preuß (Dem.) widerspricht der Annahme, als ob es sich hier um Bestimmungen handle, die in der Erregung erlassen seien. Infolge der Agitation von rechts und links stehe die Beamtenchaft nicht mehr so loal zum Staate wie früher. Darum müsse sowohl gegen Agitation von rechts wie links eingeschritten werden. Die Straffreiheit sollte aber auf den Eisenbahnerstreik nicht ausgedehnt werden, weil

dieser nicht zum Schutze der Republik unternommen wurde, sondern nur eine schwere Erschütterung der bestehenden Staatsform bedeute.

Abg. Reumann-Ratibor (Ztr.) stimmt dem Gesetz zu, jedoch mit der Bedingung, daß gegen Beamte eingeschritten werden muß, wenn sie „aufreizend und gehässig“ gegen die Republik auftreten, anstatt „agitatorisch und demonstrativ“, wie es im Entwurf stehe. Das Strafmaß müsse dahin geändert werden, daß im Rückfalle bei schweren Fällen auf Dienstentlassung erkannt werden könne.

Abg. Leid (U. S.): Die gehörten Reden deuten schon wieder auf Rückzug hin. Der alte Demokratengeist der Beamenschaft habe sich bis heute erhalten und gegen alle republikanischen Neuerungen Sabotage getrieben.

Abg. Dahlen (Rom.) fordert Aufklärung von Minister Severing, ob das Gesetz sich auch gegen links richten solle, wie es der Abg. Preuß als selbstverständlich ansehe.

Abg. Deereberg (Dnt.): Unsere Partei steht unerschüttert, weil sie das Gefühl hat, daß sie an dem Morde Rathenaus, der von jungen unreifen Burchen verübt wurde, weder direkt noch indirekt beteiligt ist. (Stürmischer Lärm links.) Durch Ausnahmegeetze wird aber das Gegenteil von dem Erstrebt erreicht. Diese Anglistengegebung entspricht nicht dem Geist und dem Andenken Rathenaus. (Ungeheurer Lärm auf der Linken, in dem die Schlußworte des Redners untergehen.)

Minister Severing gibt dem Wunsche Ausdruck, daß das Disziplinarrecht unverändert Gesetz werde. Hier handle es sich nicht um die Unbesonnenheit einiger junger Fanatiker, sondern um Mordbanden und solche, die diese bezahlen. Im Falle Harden hat der Täter bereits einen Teil des ihm gebotenen Geldes erhalten. Wir haben den Geldgeber, der mehreren rechtsgerichteten Organisationen angehört. Mit diesen Organisationen müssen wir aufräumen. Vor Angst wird das Gesetz nicht geschaffen. Angst kennen wir nicht. Täglich bekommen wir Drohbriele, trotzdem handeln wir, wie es notwendig ist.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Rom.) fordert die Freigabe von Mag. Hölz.

Abg. Kuttner (Soz.) spricht dem Abg. Deereberg, dessen Partei durch den Rathenau-Mord aufs schwerste kompromittiert sei, das Recht ab, hier Moralpredigten zu halten, nach Aussage der allgemeinen aussprache verurteilt der

deutschnationale Abgeordnete Hermann Fredersdorf die Rednertribüne zu einer persönlichen Bemerkung. Sofort erfolgen von der äußersten Linken unaufhörliche Schlußrufe. Kommunistische und unabhängige Abgeordnete drängen sich auf die Rednertribüne und von rechts kommen deutschnationale Abgeordnete, an der Spitze der deutschnationale Abg. Rippel, die sich schlingend um den Redner stellen. Ungeheurer Lärm entsteht. Die Stimme des Redners ist nicht zu vernehmen. Ein von einem Abgeordneten geworfenes Alfenbündel trifft den Redner ins Gesicht, ein anderes einen Stenographen an den Kopf. In diesem Augenblick bringen Abg. Clausner und andere unabhängige Abgeordnete vor und schlagen auf den deutschnationalen Abgeordneten Conrad ein, der bis zur Ministerbank zurücktaumelt. Ein allgemeines Handgemenge schließt sich an. Der Abg. Hermann Fredersdorf bricht seine formulierte Erklärung ab und übergibt das Manuskript dem Präsidenten Leinert. Dieser übernimmt es. Nach wenigen Minuten greift ein Kommunist auf den Präsidententisch, nimmt das Manuskript, zerreißt es und wirft es in einzelnen Fetzen gegen den Präsidenten. Dieser verläßt, da die Ruhe nicht herzustellen ist, den Saal. Die Sitzung ist unterbrochen. Nach einigen Minuten berief Präsident Leinert den Ältestenrat zu einer sofortigen Sitzung zusammen.

Gegen 7 Uhr eröffnet Präsident Leinert die Sitzung wieder und teilt mit, der Ältestenrat hat sich mit den letzten Vorgängen beschäftigt. An alle Parteien gehe die Mahnung, dafür zu sorgen, daß die Autorität des Präsidenten, ganz gleichgültig, welcher amtiert, gestärkt werde und daß seinen Anordnungen Folge geleistet werde, sonst sei es nicht möglich, die parlamentarische Tätigkeit wieder weiter zu führen. (Lebhafte Zustimmung.) Infolgedessen sei an die Fraktionen das Ersuchen gerichtet, bei ihren Mitgliedern darauf hinzuwirken, daß geordnete Verhandlungen im Landtag möglich seien. (Zuruf: Zwecklos.) Der Ältestenrat schloß die Sitzung vor.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Rom.) beantragt, weiter zu tagen.

Die Vertagung wird gegen die Stimmen der drei Linksparteien beschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

Politische Übersicht.

Beschlüsse des Reichsrates.

Der Reichsrat nahm im Verlaufe seiner gestrigen Sitzung eine Verordnung zum Staatsangehörigkeitsabkommen zwischen Deutschland und Dänemark an. Angenommen wurde ferner der Gesetzentwurf über den Ausschluss eines Teiles des Kieler Hafens aus dem Zollgebiet. Mit der Verordnung über die Abstimmung in Oberschlesien erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Am 9. Juli soll der uns verbleibende Teil Oberschlesiens endgültig geräumt sein u. es beginnt die Frist von zwei Monaten, innerhalb der die Abstimmung über die Autonomie stattfinden hat. Für Oberschlesien wurde als Abstimmungstag der 3. September festgesetzt.

Aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Aus Berlin wird berichtet: Der sozialdemokratische Parlamentsdienst will erfahren haben, daß der deutschnationale Parteiausschuss den Bruch mit dem deutschnationalen Flügel der Deutschnationalen Partei mit großer Mehrheit abgelehnt habe. Auch der Antrag, den Abg. Wulle auszuschließen, habe keine Mehrheit gefunden.

Einschießung des früheren Kronprinzen nach Deutschland.
Wie die Zeitung erfährt, liegt ein Besuch des früheren Kronprinzen um eine Einschießung nach Deutschland vor. — Eine Befestigung bleibt abzuwarten.

Weiteres von der Organisation C.

Die Hamburger Polizeibehörde gibt die Namen von 25 Personen bekannt, die als Angehörige der Organisation C. festgenommen worden sind. Darunter befinden sich ein Kapitänleutnant a. D. Curt Wende, zwei Studenten: Massow v. Prince und Oskar Klug, sowie zwei Kaufleute: Anton v. Below und Alchim v. Dewitz. Die übrigen Verhafteten, darunter der schon genannte Jacobsohn, sind Kaufleute, Handlungsgehilfen oder Kaufmannslehrlinge, und stehen meistens im Alter von 18 bis 24 Jahren. Sämtliche von der Polizei festgenommenen Personen sind in Untersuchungshaft genommen worden.

Die Kommunisten gegen Poincaré.

In der französischen Kammer gab es eine Debatte über die Vorgeschichte des Krieges. Der Abgeordnete Baillant-Loutier erklärte u. a.: Bethmann-Hollweg auf der einen Seite, Poincaré auf der anderen dachten 1912, daß sie das Meer vermehren, um den Frieden zu sichern. Wir Kommunisten erklären, daß, wenn man den Krieg verhindern will, den Frieden vorbereiten muß. Wenn wir Poincaré die Verantwortung für den Krieg vorwerfen, so geschieht das, weil wir den Standpunkt vertreten, daß er keine Garantie für den Frieden Europas darstellt.

Um Oberschlesien.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

In wenigen Tagen wird die interalliierte Kommission Oberschlesien verlassen haben. Mit ihr zugleich räumen die fremden Truppen und Behörden das Land. Der deutschgebliebene Teil Oberschlesiens wird wieder mit dem Mutterlande vereint sein. Jeder, der durch geschwundene und unbefriedigte Interessen gegen die Angehörigen der fremden Mächte neue, unabwendbare Verwicklungen heraufbeschwört, fügt Oberschlesien und dem ganzen deutschen Reich schweren Schaden zu. Namens der Reichsregierung ermahne ich daher die gesamte Bevölkerung, sowie insbesondere alle mit der Durchführung des Abtransportes der interalliierten Truppen beauftragten Beamten dringend, Ruhe zu bewahren und sich aller feindseligen Handlungen gegen die interalliierten Truppen und Behörden zu enthalten, um so an der schnellen und reibungslosen Durchführung der Räumung mitzuwirken. Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikel 48, Absatz 2 der Reichsverfassung, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine entsprechende Verordnung erlassen.

Die Autonomieabstimmung.

Dem Reichsrat ist das Gesetz zur Ausführung der Autonomieabstimmung in Oberschlesien zugegangen. Nach § 1 muß der Abstimmungstermin im September liegen. § 2 besagt, daß die Provinz einen Abstimmungskreis bilden soll. Im dritten Abschnitt wird bestimmt, daß zwei Stimmzettel ausgeben werden sollen. Einer davon besagt, daß Oberschlesien als preussische Provinz weiterbestehen soll, der andere spricht sich für die Bildung eines neuen Landes Oberschlesien innerhalb des Deutschen Reiches aus. Die Stimmzettel werden in deutscher und polnischer Sprache gedruckt. § 4 und 5 regeln den Ablauf der Abstimmung. Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikel 48, Absatz 2 der Reichsverfassung, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine entsprechende Verordnung erlassen.

Handgranatenanschläge auf Rattowitzer Zeitungen.

Gegen die drei deutschen Rattowitzer Zeitungen „Rattowitzer Zeitung“, „Vollwille“ und „Östdeutscher Morgenpost“ wurden nachts Handgranatenanschläge verübt. Zahlreiche Fensterscheiben wurden zertrümmert und vieles Druckereimaterial vernichtet. Die Austrägerinnen der deutschen Zeitungen wurden auf der Straße angehalten und verprügelt. Die Zeitungen wurden ihnen abgenommen und vernichtet.

Die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik.

Annahme des Gesetzes im Reichsrat. — Bayern erhebt Einwendungen.

Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstagabend mit dem Gesetzentwurf über

die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik. Der Gesetzentwurf verfolgt den Zweck, klar zu stellen, daß die Beamten — und zwar zunächst die Reichsbeamten — bestimmte Pflichten gegenüber der verfassungsmäßigen Staatsform haben. Zu diesem Zweck soll das Reichsbeamtengesetz entsprechend geändert werden. Die Reichsregierung ist davon ausgegangen und die Reichstagsausschüsse haben ihr darin zugestimmt, daß es gewisse Bestimmungen gibt, welche über die den Beamten sonst zuzurechnenden Pflichten und Freiheiten ihrer politischen Überzeugung hinaus noch weitergehende Anforderungen an die Beamten stellen. Die Reichsregierung will ihrerseits bestimmen, für welche Beamtenkategorien diese Vorschriften in Betracht kommen. Reichsbeamte, die den neuen Vorschriften zugegen handeln, sollen der Entlassung verfallen oder es ist ein Disziplinarverfahren gegen sie einzuleiten. Die Regierung hat vorgeschlagen, für gewisse Fälle einen Disziplinarhof einzurichten und zwar einen kleinen Disziplinarhof, der in erster Instanz, und einen großen, der in zweiter Instanz zu beschließen hat. Die Senate werden nur aus Reichsbeamten zusammengesetzt. Die Bestimmungen des Gesetzes sollen stungemäßige Anwendung finden auch auf die Angehörigen der Reichswehr. In der Vollversammlung beauftragte Herr von Bredow, in das Beamtengesetz eine Bestimmung einzufügen, derart, daß die betreffenden Beamten es ablehnen dürfen, ein besonders qualifiziertes Amt anzunehmen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Vor der Gesamtstimmung über die Vorlage erklärte der bayerische Gesandte von Preger, eine so wichtige Vorlage, die die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten in bisher noch nicht dagewesener Weise beschränke, dürfe nicht unter politischem Druck übers Anle gebrochen werden. Die Beamtenverbände seien nicht gehört worden. Der Gesetzentwurf sei ihnen noch gar nicht bekannt. Die bayerische Regierung könne dem Gesetz in der vorliegenden Fassung nicht beistimmen. In der Gesamtstimmung wurde der Gesetzentwurf mit 49 gegen 16 Stimmen angenommen. Dafür stimmten das preussische Staatsministerium, der Vertreter der Stadt Berlin, die Vertreter der Provinzen Westpreußen, Posen, Niederschlesien, Sachsen, Holstein u. Hannover, sowie alle Staaten mit Ausnahme Bayerns. Außer Bayern stimmten gegen das Gesetz die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westfalen, Rheinprovinz und Hessen-Nassau. Der Vertreter für Oberschlesien enthielt sich der Stimmabgabe.

Sotales und Provinzielles.

Halber, den 10. Juli 1922.

In eigener Sache! Der seit dem 1. Juli andauernde Streik der Berliner Buchdrucker hat auch auf unsern Zeitungsbetrieb recht störend eingewirkt. Unser Berliner Korrespondenzbüro war aus diesem Anlaß nicht in der Lage, uns mit dem benötigten Material bedienen zu können. Um jedoch die Herausgabe der Zeitung sicher zu stellen waren wir vorübergehend gezwungen, uns an ein anderes Korrespondenzbüro zu wenden, um von dort während des Streiks beliefert zu werden.

Vielen unsern Leserinnen und Lesern wird der Inhalt der Zeitung in jekziger Aufmachung nicht so zusagen, wie das bisher der Fall war. Sobald der Streik beendet ist, wird die Zeitung in altgewohnter und übersichtlicher Weise erscheinen. Wir bitten unsere Notlage entschuldigen zu wollen.

Der Verlag.

— * Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Am 1. 7. 1922 sind nachstehende neue Steuergesetze in Kraft getreten: 1.) Das Kraftfahrzeugsteuergesetz vom 8. 4. 1922 2.) Das Kennzeichen- und Lotteriegesez vom 8. 4. 1922 3.) Das Versicherungssteuergesetz vom 8. 4. 1922 Das Kapitalverkehrssteuergesetz vom 8. 4. 1922 ist nur hinsichtlich der Gesellschaftsteuer von Kapitalgesellschaften und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. September 1921 in Kraft getreten. Die übrigen in diesem Gesetz enthaltenen Steuern, also die Gesellschaftsteuer von sonstigen Erwerbsgesellschaften und juristischen Personen,

die Wertpapiersteuer, die Börsenumsatzsteuer und die Aufsichtsteuer werden erst zu einem vom Reichsminister der Finanzen noch zu bestimmenden Termin wirksam werden. Bis dahin gelten die entsprechenden Vorschriften des Reichsstempelgesetzes vom 3. Juli 1913 in der durch die Gesetze vom 17. 6. 1916, vom 8. 4. 1917 und vom 26. 7. 1918 geänderten Fassung weiter. Für die Verwaltung vorstehender Steuern ist das Finanzamt zuständig. Diesem ist auch vom 1. 7. 1922 ab die Verwaltung der bisher zur Zuständigkeit der Zollämter und des Stempelsteueramts Minister gehörenden übrigen Verkehrssteuern und der Landesstempelsachen übertragen worden. Ausgenommen ist hiervon nur die Verwaltung des Automatenstempels. Auskunft erteilt Steuerinspektor Schmidt, Zimmer 2, des Finanzamts.

Meinerzhagen, 6. Juli. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung von Meinerzhagen wurde unter dem Vorsitz des kommiss. Amtmanns Bedder u. a. folgendes verhandelt und beschlossen: Für die Feuerwehren der Gemeinde sollen baldmöglichst 250 Meter Hanfschläuche beschafft werden. Die Gemeindevertretung erklärt sich bereit, diejenigen Arbeitgeber für die Dauer von drei Jahren von der Heranziehung zu Beiträgen zum Kleinwohnungsbau gemäß § 9a des Komm.-Abg.-Ges. zu befreien, welche in diesem Jahre neue Wohnungen herstellen. Die Gemeinde übernimmt den Darlehnsgebern gegenüber die Bürgschaft für die seitens der Firmen zur Ausführung dieser Bauten aufzunehmenden Darlehen. Die Gemeinde ist für diese Bürgschaftsübernahme sicherzustellen durch Eintragung einer Sicherheitshypothek in Höhe der Bürgschaftssumme auf das Baugrundstück. Die Baugenossenschaft soll gebeten werden, für diese Bauten die angelieferten Baumaterialien abzugeben, soweit sie für eigenen Gebrauch in diesem Jahre nicht benötigt werden. Ueber die Bereitstellung der Mittel für die Herstellung der Kleinwohnungen im Jahre 1922 verpflichtet sich die Gemeinde, einen Betrag von 100000 Mark je Wohnung, insgesamt 1200000 Mk. als 1. Hypothek zu einem Zinssatz von zunächst 1 Prozent und einer Tilgung von 1 Prozent zu übernehmen, ferner die etwa durch Ueberbreitung des Baukostenvoranschlages entstehenden Mehrkosten zu tragen, soweit diese Mehrkosten nicht von den Wohnungsanwärtern oder ihren Arbeitgebern getragen werden. Die Aufnahme eines Zwischentredits bei der Sparkasse in Meinerzhagen in Höhe von 200000 Mark zur Bestreitung der laufenden Ausgaben wurde beschlossen. Die Abhebung soll nach Bedarf erfolgen.

Werdohl, 6. Juli. In der vergangenen Nacht sind aus dem Güterschuppen der Reichsbahn 32 Paar ungeschwärtzte Militärstiefel gestohlen worden. Die Diebe sind durch eine Tür, die sie erbrochen haben, eingedrungen, haben eine Kiste erbrochen und die Schuhe in Säcken, die sich auf dem Güterschuppen befanden, und die sie leerten, verpackt und weggeschafft.

Arnsberg, 7. Juli. Der Regierungspräsident von Arnsberg hat mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. in der Zeit vom 1. März bis 1. November jeden Jahres von 5 Uhr vormittags bis 12 Uhr nachts an Sonntagen die nachfolgenden Straßen für den Kraftwagen- und Kraftwagenverkehr gesperrt: die Straße Ahlenberg — Syburg — Buchholz — Schwerte bis zum Bahnhof Schwerte; die Straße Reichsbahnhaltepunkt Mittelbrücke — Berghof bis zur Straße Hörde — Schwerte; die Straße Witten Arden — Auf dem Schae bis zur Straße Herdecke — Kirchhörde; die Straße Heilenbeck — Wittenstein — Falkenkirchen — Schlagbaum; den Westfalendamm in Dortmund von der Straße Dortmund — Hörde bis zum Aufbaumwege. Wegen Sperrung noch weiterer Straßen sind die Erhebungen noch nicht abgeschlossen; es ist also damit zu rechnen, daß noch mehrere Straßen dem sonntäglichen Automobil- und Kraftfahrerverkehr entzogen werden.

Arnsberg, 6. Juli. Nachdem der bisherige älteste Geistliche der Diözese Paderborn, der Geistliche Rat Klein in Altendorf, in verflorierter Woche i. m. l. Lebensjahre das Zeitliche gesegnet hat, ist jetzt Professor Henze von hier der Senior derselben. Er ist im Jahre 1833 geboren. Reicht also im 90. Lebensjahre.

Mag auch die Liebe weinen. . .

Roman von Fr. Lehne.

45 (Nachdruck verboten)

„Der schnippische Ton, in dem Sie mit Herrn Baron Bultach sprechen, fällt mir direkt auf, und gestern nachmittag habe ich gesehen, wie Sie ihm scherzend mit einem Flederzweig ins Gesicht schlugen — das geht doch zu weit.“
Lore wurde dunkelrot.
„Um Vergebung, Frau Gräfin! Das sollte keine scherzhafte Vertraulichkeit sein — das war berechtigte Abwehr gegen eine Zudringlichkeit des Herrn Baron!“ entgegnete sie mit bebender Stimme.
Spöttisch lächelnd fixierte Gräfin Lella das junge Mädchen, dem unter diesem Blick das Blut ins Gesicht trat.
„Zudringlichkeit? Inwiefern? Das glaube ich nicht! Jedenfalls werden Sie selbst eine Zudringlichkeit, wenn Sie es so nennen, mir durch Ihre Koketterie herausgefordert haben! Ich kenne Herrn Baron von Bultach, und ich kenne auch Sie.“
„Dann werden Frau Gräfin auch wissen, daß ich mir in dieser Hinsicht nie etwas zu schulden kommen lasse!“ rief sie erregt, „eine andere Annahme muß ich ganz entschieden zurückweisen!“ In ihren Augen glänzten Tränen der Empörung; sie mußte an sich halten, so zitterte sie.
„Was fällt Ihnen denn ein, Fräulein Berger?“ Hochmütig maß die Gräfin Altmörden das junge Mädchen, „Sie vergessen wohl, mit wem Sie sprechen! Einen solchen Ton bin ich von meinem Personal nicht gewöhnt. Sie scheinen nicht ganz bei Sinnen zu sein!“ sagte sie mit verlegender Schärfe.
Lore öffnete den Mund zu einer heftigen Entgegnung; da traf ihr Blick auf Rübiger, der sie bittend ansah, und da senkte sie den Kopf und schweig.
„Fräulein Berger hat nicht nötig, sich irgend welche unangebrachte Vertraulichkeiten, von wem es auch sei, gefallen zu lassen!“ bemerkte der Legationsrat, „sie hat auch nicht nötig, ihre Schullosigkeit an einem solchen Vorfall zu betonen — wir alle sind davon überzeugt, daß sie durch nichts Zudringlichkeiten herausgefordert. Ich denke, damit ist der Fall erledigt.“

Gräfin Lella war die Achseln und verzog höhnisch den Mund.

„Fräulein Berger leidet an Einbildungen — sie besitzt eine gehörige Portion Eitelkeit —“

Sie wünschte noch eine Tasse Kaffee. Lore, in ihrer Aufregung, war ungeschickt beim Eingießen und schüttete einige Tropfen des braunen Getränks auf das zartfarbige Kleid der Gräfin.

„Mein Gott, Fräulein Berger, Sie sind doch zu gar nichts zu gebrauchen! Unerhört ist eine solche Ungeschicklichkeit!“ Gräfin Lella war sehr aufgebracht und in ihren Ausdrücken wenig wählerisch.

Blau und zitternd stand Lore da, und wider ihren Willen tropften aus ihren Augen große Tränen. Da schmeigte sich eine weiche Kinderhand in die ihre. „Nicht weinen, Fräulein Lore!“ flüsterte Cäcilie.

„Dieser kleine Kaffeefleck ist doch gar nicht der Rede wert.“ Auf's peinlichste war Graf Otto von der unmotivierten Heftigkeit seiner Frau berührt.

„Ah, mein Freund,“ höhnte sie, „ich weiß ja, daß du alles entschuldigst — bei andern! —“ Fräulein Berger, wenn Sie empfindsam sein wollen, dann gehen Sie auf Ihr Zimmer — ich mag Ihre Tränen nicht sehen!“ herrschte sie das junge Mädchen an.

Schweigend entfernte sich Lore; wie ein Hündchen lief Cäcilie hinter ihr her.

„Natürlich! Hündchen!“ muß bei ihrer Lore sein! Da bist sogar du Nebenjache, Rübiger,“ spöttelte Lella in herzloser Weise. Sie sah den eiskalten, abweisenden Ausdruck auf des Legationsrats Gesicht. — „Es ist ja lächerlich, wie ihr euch um die Kokette habt.“

„Fräulein Berger ist keine Kokette; sie ist eine hochanständige junge Dame, das gebt Baron Bultach zu verstehen!“

Gräfin Lella hielt sich die Ohren zu.
„Wie ihr euch des Mädchens annehmt! — Ich kann sie kaum noch sehen, wenn sie so mit ihrer Prinzessinnennähe herumgeht! — Am liebsten schickte ich sie morgen schon fort, wenn sie nicht bei Osti und Eisi während meiner Abwesenheit bleiben müßte! Ehe sich die Kinder an jemand anderen gewöhnen, vergeht Zeit. Ich würde mich Sorgen, und das wäre von Nachteil für meine Kur in Franzensbad. Aber dann, sobald ich zurück bin —“ sie vollendete ihre Worte nicht, sondern seufzte — „ach, man hat es zu schwer mit den Leuten, ehe man das Richtige findet!“

„Und dann, wenn man es auch wirklich findet, versteht man es doch nicht zu schätzen und zu halten,“ bemerkte Rübiger mit leiser Entschlossenheit. Er erbeugte sich, da es Zeit für ihn zur Abreise war.

„Du stellst das Bild nicht auf, ich will es nicht!“ Gräfin Lella stand im Fleiter vor dem Bilde, das ihre Kinder mit der Erzieherin im Obsteren darstellte.

Es war wieder einmal eine fürnliche Auseinandersetzung im Grunde. Ergeben sah Otto auf der Scheffellongue, einen nervösen, gequälten Zug im Gesicht. Eine offene, flache Silberkiste stand am Fußboden, die dazu bestimmt war, das Gemälde aufzunehmen.

„Barum nicht, Lella? Es ist ein Werk, an dem ich nach so vielen Jahren endlich einmal eine Freude habe!“ Beschwörend klang seine Stimme, und bittend sah er seine Frau an.

Sie trat so dicht zu ihm heran, daß ihr Atem ihn anwehte.

„Wenn man solch' vollkommenes Modell gehabt hat, begreife ich das — so vollkommen war die Mutter der Kinder allerdings nicht!“ zischelte sie, und sie stieß mit dem Fuße auf. — „Noch einmal, ich will es nicht! Ich dulde es nicht, daß dieses Bild aus dem Hause kommt — ich habe genug an den bisherigen Wamagen.“

Da raffte er sein bishigen Energie zusammen.

„Darüber habe ich zu bestimmen!“ — Das Gemälde stelle ich im Münchener Glaspalast aus, und morgen schon geht es fort — noch vor Pfingsten.“

„Tiefer Atisch — ich gratuliere!“ Sie lachte böshast und gereizt. Glaubst du, einen Abnehmer dafür zu finden!“

„Den habe ich schon. — Rübiger hat mich darum gebeten.“

Sie stieß einen höhnischen Laut aus.
„Hast du etwas? Doch nur wegen der Berger! Die Kinder sind ihm da Nebenjache — er hat genug Photographien von ihnen!“ — Die Berger geht euch ja über alles.“

„Wenn sie dir so viel Vergnügen gibt, dann schide sie doch fort. Ich hindere dich nicht daran. Die Kinder kommen dann aber in ein Institut. Eine andere Erzieherin will ich hier nicht mehr sehen, damit deine wahnwitzigen, grundlosen Eifersuchtsszenen endlich ein Ende haben!“

darauf, daß Sie das Ihre tun werden, wenn diese Bitte Ihnen noch persönlich unterbreitet wird.

In den nächsten Tagen wird in unserer Gemeinde eine Notopferjammung für die Innere Mission stattfinden, sie wird herzlich und dringend empfohlen. Die Kollekte ist bewilligt vom Herrn Oberpräsidenten von Westfalen unter dem 1. Juli 1922 Nr. 285 IV.

Das Presbyterium: D. Dresbach.

*

II.

Crollage (Krs. Lübbecke), im Juli 1922.

An die großen und kleinen Landwirte in der Provinz Westfalen.

Schon wieder die leidige Politik, werden Sie sagen, wenn Sie meine Unterschrift lesen, schon wieder Wirtschaft- und Organisationsfragen! Nein, heute ganz etwas Anderes. Heute handelt es sich um die Innere Mission, um Leben oder Sterben unserer Anstalten!

Ich stelle kein Bibelwort an die Spitze, obwohl es so ganz besonders am Platze wäre. Das geschieht von anderer Seite. Ich wende mich an Ihr Verständnis für praktische Fragen. Welcher Landwirt kennt nicht aus seinem eigenen Betriebe die großen Schwierigkeiten, sein im Kriege vernachlässigtes Inventar notdürftig wieder auf die Höhe zu bringen? Ich erinnere nur an Kleidung und Wäsche, alles Haus- und Stallgerät und an die Häuser selbst. Wieviel schwieriger ist das für die kleinen und großen Anstalten, bei denen Abnutzung und Verbrauch weit über die normalen Grenzen geht.

Und wir Landwirte hatten neben den großen Ausgaben doch auch die größeren Einnahmen, während die Anstalten sehr wesentlich auf die Mildtätigkeit Anderer angewiesen sind. Wir wissen — wenn Gott Segen und Gedeihen gibt — dann kommen die Einnahmen für Getreide und Kartoffeln, Milch, Butter, Eier, Holz ganz gewiß.

Aber die Anstalten? — Die Verpflegungsgelder können nicht bis ins Unendliche gesteigert werden. Werden die milden Gaben kommen? Werden Sie reichlicher fließen als bisher? Werden sie das Weiterarbeiten überhaupt ermöglichen? Also zu der täglichen Not auch noch die Sorge für die Zukunft.

Da wende ich mich nicht nur an den praktischen Sinn der Landwirte, sondern auch und noch vielmehr — an ihr Herz. — In den Anstalten sind unsere Brüder und Schwestern! Wir sind gesund. Wir haben die ganze und Kriegs- und Revolutionsjahre immer satt zu essen gehabt. Sie haben gehungert und hungern noch! Es ist für uns Ehrensache, daß wir hier helfen und gründlich helfen!

In diesem Augenblicke — an dem Opfertage für die Innere Mission — frage man nicht nach der Getreideumlage oder der Vermögenssteuer. Was wir jetzt geben, brauchen wir nachher nicht zu versteuern. Wer früher 10 Mark gab, muß jetzt wenigstens 200 Mark

Berufs- und Standesgenossen! Ihr fühlt es alle, worum es sich handelt. Praktisches Verständnis, Herz und Ehre fordern gebieterisch ihr Recht!

Die Landwirtschaft darf nicht versagen.

gez. Freiherr von Ledebur-Crollage.

Kleine Nachrichten.

Die Antwort der deutschen Volkspartei.

Berlin, 7. Juli. Die deutsche Volkspartei hat die von den bürgerlichen Koalitionsparteien, Zentrum und Demokraten, an sie gerichtete Frage nach einer in der gestrigen Abenditzung der Reichstagsfraktion beschlossenen Entscheidung in dem Sinne beantwortet, daß sie die am Schluß dieser Anfrage gestellte Frage, ob sie unter den ihr aufgestellten Voraussetzungen zum Eintritt in die Regierung bereit sei, mit Bezug auf die jetzige Regierung bejahen könne. Aus dem Wortlaut der Antwort geht zur Genüge hervor, daß eine gleichzeitige Erweiterung der Koalition nach links für die Deutsche Volkspartei nicht in Frage komme.

Reichsgerichtspräsident Delbrück gestorben. Reichsgerichtspräsident Delbrück ist in Teelsdorf in Holstein, wo er sich zur Erholung aufhielt, gestorben.

Das Urteil im Münchener Hochverratsprozeß. Das vom Volksgericht in München einstimmig gefällte Urteil im Hochverratsprozeß gegen den Freiherrn von Leoprechting lautet auf schuldig des Hochverrats. Laut der §§ 61 und 62 des Reichsstrafgesetzbuches wurde auf lebenslängliche Zuchthausstrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt.

Absturz eines Postflugzeuges. Dienstag vormittag ist das von Berlin in Hamburg ankommende Postflugzeug bei der Landung auf dem Fußsbütteler Flugplatz abgestürzt. Zwei Herren und eine Dame sind verletzt. Der Pilot Frh. von Richthofen ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Buchdruckerstreik in Berlin. Die Berliner Buchdrucker befinden sich in einer Lohnbewegung; sie fordern eine wöchentliche Lohnerhöhung von 300 M. Es ist beschlossen worden, die Arbeit für ganz Berlin nach Bewilligung dieser Forderung nur geschlossen wieder aufzunehmen. Die gesamte Arbeiterpresse ist ebenfalls stillgelegt. Es erscheint lediglich ein gewerkschaftliches Mitteilungsblatt. Diesem Beschluß haben sich auch die Vertreter des Gutenberg-Bundes (Christliche Organisation) angeschlossen. Im Berliner Buchdruckerstreik ist insofern eine Verschärfung eingetreten, als nunmehr auch sämtliche Hilfsarbeiter sich den Forderungen der Buchdrucker angeschlossen haben und eine Lohnerhöhung von wöchentlich bis zu 300 Mark verlangen. Es besteht die große Gefahr, daß der Berliner Zeitungsstreik auch auf das Reich übergreift. In Hamburg und Leipzig haben die Maschinenmeister bereits ähnliche Forderungen wie die in Berlin erhobenen gestellt.

Streik der technischen Schiffsoffiziere. Ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetzter Sonderschlichtungsausschuß hat kürzlich mit Rücksicht auf die im Gange befindlichen Neueregungen des Gegenstandes die Forderung der technischen Schiffsoffiziere zurückgewiesen, entgegen dem bisherigen Rechtszustand, ihre Überarbeit im Hafen ebenso wie die Matrosen und Heizer stundenweise bezahlt zu erhalten, anstatt wie bisher durch eine monatliche Pauschale abgefunden zu werden, über deren Höhe Verhandlungen schweben. Das Ergebnis dieser Verhandlungen haben die Schiffsoffiziere in Hamburg und Bremen nicht abgewartet und sind in den Streik getreten.

Schweres Automobilunglück bei Ludwigshafen. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich in Veihingen bei Ludwigshafen mit einem Lastauto, das mit 30 Personen besetzt war. Die Kette riß an der Bremse, so daß der Wagen den Berg hinab rannte und an eine Mauer stieß. Es gaben 4 Tote, 16 Schwer- und 10 Leichtverletzte.

Millionenerbmacht an die französische Akademie. Der verlebte Fürst von Monaco hat, wie in einer Sitzung der französischen Akademie mitgeteilt wurde, dieser 1 Million Franken hinterlassen.

Eine Erklärung Ludendorffs. General Ludendorff veröffentlicht eine Erklärung, in der er sagt: In der Presse wird der Student Günther als mein Privatsekretär bezeichnet, der meine rechte Hand war und mein Vertrauter noch heute ist. Diese Behauptungen sind unwahr.

Die Vorgänge in Zwidau. Im sächsischen Landtag gab Donnerstag vor Eintritt in die Tagesordnung der unabhängige Minister Lipinski eine Erklärung über die Vorgänge in Zwidau ab. Die Ruhe sei jetzt wieder hergestellt. Unter der Zivilbevölkerung seien 14 Tote und 60 bis 70 Verwundete, bei der Landespolizei 6 Verwundete und 10 Vermisste zu beklagen. (Lebhafte Unruhe und Zurufe.)

Notenpresse und Buchdruckerstreik. Durch den Berliner Buchdruckerstreik, der sich inzwischen auch auf die Reichsdruckerei ausgedehnt hat, ist auch die Notenpresse stillgelegt worden, so daß sich ein erheblicher Mangel an Papierwertzeichen bemerkbar macht. Die Reichsregierung wird, wenn der Streik noch länger anhält, versuchen, wenigstens die für ihre Zahlungen notwendigen Mengen Papiergeld herzustellen. Verhandlungen darüber sind mit den streikenden Buchdruckern bereits eingeleitet.

Zur Lage in Irland. In Dublin ergaben sich alle Aufständischen. Die Befestigungen sind niedergebrannt.

Eine Verhaftung in der Angelegenheit des Scheidemann-Attentats. In einem Trierer Krankenhaus wurde ein Mann verhaftet, der sofort nach Berlin überführt wurde. Nach der Trierer Zeitung soll die Verhaftung mit dem Attentat auf Scheidemann in Verbindung stehen.

Buchdruckerstreik in München. Auch im Münchener Buchdruckerstreik ist eine Lohnbewegung ausgebrochen. In einer Versammlung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter wurden die Forderungen nach einer wesentlichen Lohnaufbesserung von 300 Mark als durchaus gerechtfertigt erklärt. Ein Streik zur Durchsetzung dieser Forderungen würde zwar ein Vertragsbruch sein, aber angesichts der Teuerung als gerechtfertigt erscheinen.

Der Streik der Schiffsmaschinisten, Schiffsingenieure und Schiffstechniker dehnte sich auch auf Stettin aus. Der gesamte Seeschiffsverkehr vom Stettiner Hafen aus ist, soweit deutsche Schiffe in Frage kommen, lahmgelegt.

Eine Nachlaß-Stiftung der Baroness von Rothschild. Die in Paris verstorbene Baroness Salomon von Rothschild hat ihrer Vaterstadt Frankfurt am Main letztwillig einen Betrag von 500 000 Franken, das sind nach der heutigen Währung etwa 18 Millionen Mark, aus ihrem Nachlaß für die Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt zur Verfügung gestellt und außerdem einige hervorragende Wertstücke und Silbergegenstände dem städtischen Kunstinstitut überwiesen. Außer der Stadt Frankfurt sind die Rothschild'sche Bibliothek mit 50 000 und das Karolinum mit 25 000 Franken bedacht worden.

Entfernung von Büsten aus dem Lübecker Bürgeraal. Nach Schluß einer sehr lebhaft verlaufenen Sitzung der Lübecker Bürgerschaft erklärte der Kommunist Roß, daß nach Annahme der Anträge es nun höchste Zeit sei, im Saale der Bürgerschaft selbst Ordnung zu schaffen. Die Kommunisten Roß und Rosenkranz gingen zu den neben der Tafel des Präsidenten stehenden Büsten Bismarcks und Moltkes, nahmen sie mit Gewalt von ihren Sockeln und trugen sie unter dem größten Widerspruch der Bürgerlichen zum Saal hinaus.

Verhaftung von Mitgliedern der Organisation C in Hamburg. Als Angehörige der Organisation C sind von der Hamburger Polizeibehörde im ganzen 25 Personen festgenommen worden. Es handelt sich um junge Kaufleute und Kaufmannslehrlinge im Alter von 18 bis 25 Jahren.

Ein zweites Verfahren gegen Leoprechting. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird trotz der Verurteilung des Freiherrn von Leoprechting zu lebenslänglichem Zuchthaus auch das gegen ihn schwebende Verfahren wegen Landesverrats weiter geführt werden.

Patentbericht

mitgeteilt vom Patent-Büro Konrad Köhling, Hagen i. W.

Bürohaus Concordiastr., Fernsprecher 3438.

a.) Patentanmeldungen. — Otto Junge, Lüdenscheid i. W., Hängefassung für elektrische Glühlampen.

b.) Patenterteilungen. — Karl Dörfer, Hellenen b. Lüdenscheid i. W. Reibungsupplung.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis unserer aus den Niederspannungsbereichen versorgten Kleinabnehmer, daß der Brennstoffpreis wieder eine Erhöhung erfahren hat und ab 1. Juli d. Jrs. 18130 — Mk. für 10 t frei Kraftwerke beträgt.

Nach der in dem „Niederspannungstarif Mai 1922“, welcher jedem Kleinabnehmer zugestellt ist, abgedruckten Teuerungstabelle stellen sich somit die Teuerungszuschläge und Gesamtpreispreise in den einzelnen Verbrauchsstufen ab 1. Juli 1922 wie folgt:

Grundpreis	Teuerungszuschlag	Gesamtpreis für 1 KW Stb.
18130 — 130 = 18000:30 = 600		
40 Pfg.	2 Pfg. = 12. — Mk.	12.40 Mk.
35 "	1.75 " = 10.50 "	10.85 "
30 "	1.5 " = 9. — "	9.30 "
28 "	1.4 " = 8.40 "	8.68 "
26 "	1.3 " = 7.80 "	8.06 "

Hagen i. W., den 7. Juli 1922.

Kommunales Elektrizitätswerk „Mark“,
Aktien-Gesellschaft.

Habe mich in Meinerzhagen als

Zahnarzt

niedergelassen.

Sprechstunden täglich von 10 bis 1 Uhr
u. 3—5 Uhr, Hotel Meinhardus (Weischede)
ausser Samstag nachmittag und Sonntag.

Dr. med. dent. Grunicke.

2 tüchtige Pressenarbeiter
u. 2 Mädchen für die Backstube
für sofort gesucht.

Herm. Steller & Söhne, Halver.

Alle Vorteile
günstigen Einkaufs
für unsere Kundschaft!

Beispiele:

Anzüge

aus prima Stoffen mit guter Verarbeitung 1950.—

3975.— 3450.— 2950.— 2450.—

Beispiele:

Schlüpfen

leichte und schwere Ware 1950.—

3600.— 2875.— 2475.—

Beispiele:

Hosen

moderne Streifen 250.—

1150.— 890.— 575.— 395.—

Beispiele:

Damen-Mäntel

in den schönsten Modelarben 650.—

2650.— 1890.— 1450.— 975.—

Beispiele:

Röcke :: Blusen

975.— 690.— 475.— 275.— 195.—

Tailen-Kleider und Jacken-Kleider

Münch-Berg

12 HAGEN 12
Elberfelderstraße

Wir suchen
Fallhammer-
schmiede

für leichte Hämmer
für dauernde Stellung.
Märkisches Werk,
Haus-Heide.

Jugendl. Arbeiter
und Arbeiterinnen

für lohnende saubere Akkord-
arbeit gesucht.

Gebrüder Berker,
Schalksmühle.

Suche tüchtigen unver-
heirateten

Landarbeiter,

der mit Pferden umzu-
gehen weiß.

Wilh. Haase,
Rönfahl.

Für sofort oder 1. August
einen jüngeren

Kommis

gesucht.

Joh. Stahl Nachf.,
Eisengroßhandlung,
Schalksmühle.

Tabak

empfehlen
Fr. Herm. Bobmer,
Schalksmühle.



Betten

Bettfedern

Bettbarchent

alles einzeln oder kom-
plett, billig zu haben im

Bettenhaus Voß,

Hagen, Gartenstr. 11.

Straßenbahnhaltestelle Markt.

Reinrassige
deutsche
Schäfer-
hündin

2 Jahre alt, schwarzgelb,
wachsam und mannhaft, selten
schönes Exemplar umstände-
halber zu verkaufen. Bester
Preis 3000 — Mk.

Otto Fastenroth,
Lantenbach

b. Gimmersbach.

Briefkassetten

in schöner Auswahl
mit Briefbogen in ver-
schiedenen Formaten mit
und ohne Druck

empfiehlt

Wilh. Bell jr.
Halver.